

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Zu den Reichstagswahlen.

Wir finden in unserem ungarischen Bruderorgan, der „Arbeiter-Wochenzeitung“, einen wahrscheinlich von dem früheren Communemittelglied L. Frankel geschriebenen Artikel, der eine große Sachkenntnis verrät und die Verhältnisse klar überblickt. Wir wollen denselben deshalb hier im Auszuge bringen.

Nachdem das Resultat der Wahlen am 30. Juli mitgeteilt worden ist, heißt es weiter:

„Im ersten Augenblicke mag wohl dieses Wahlergebnis als eine Niederlage der Sozialdemokratie erscheinen. Die liberale Presse Deutschlands hat denn auch das Ihrige gethan, um dies glauben zu machen, allein es gelingt ihr nicht recht. So sagt z. B. die „Kölnische Zeitung“, die den 30. Juli als einen Tag „schwerer Niederlage“ der Sozialdemokratie bezeichnet: „Nicht oft genug kann man die Thatfache wiederholen, daß nichts die sozialistische Propaganda in Deutschland so sehr gefördert hat, wie die stets wachsende Zahl ihrer Vertreter im Reichstage.“ Diese Art von Beweisführung zeigt, daß die „Kölnische Zeitung“ mit der Logik auf sehr gespanntem Fuße lebt, da sie derartige Urtheile und Wirkungen mit einander verwechselt. Jeder richtig denkende Mensch wird umgekehrt sagen, daß nichts so sehr die Zahl der sozialistischen Vertreter im Reichstage fördert, als die stets wachsende sozialistische Propaganda, wie sich dies schon von selbst ergibt, da erst die Zahl der Anhänger der Sozialdemokratie geringen sein muß, bevor die Zahl ihrer Vertreter steigen kann. Nach der Logik dieses nationalliberalen Blattes müßte man ja schließen, daß die Entwicklung der sozialistischen Propaganda erst mit dem ersten sozialistischen Abgeordneten begonnen hat, während doch der simpelste Mensch erkennen wird, daß erst die Propaganda einer Idee stattgefunden haben muß, bevor ein Vertreter derselben gewählt werden konnte.

Diese gewaltthätige Geistesverrenkung wird erst dann begreiflich, wenn man weiß, daß die gesammte liberale Presse in unzähligen Artikeln die Vernichtung der Sozialdemokratie für den 30. Juli prophezeite und in alle Welt hinausposaunte, daß die sozialistische Agitation beim Volke, das durch die beiden Attentate, die man der Sozialdemokratie an die Rockschöße zu hängen versuchte, zur „besseren“ Einsicht gelangt ist, auf großen Widerstand stöße und ihr den Rücken lehre. Die von allen Seiten angegriffene, verdächtigte und verleumdete Partei werde — so hoffte man wenigstens — einen Rückschlag erleiden, aus welchem sie sich nicht mehr erholen können wird. Und nun kamen die Wahlen, welche zeigen, daß die Sozialdemokratie noch immer auf ein halbes Dutzend Sitze im Reichstage rechnen kann!

Wenn man nun bedenkt, auf welche Weise von Seite der Regierung, der Grundbesitzer, Fabrikanten und Eisenbahngesellschaften auf die Wahlen eingewirkt und mit welcher unerhörten Schamlosigkeit gegen die Sozialdemokratie in den letzten Wochen vorgegangen wurde, wenn man bedenkt, daß sich alle herrschenden Parteien mit Hintansetzung aller freiheitlichen Regungen vereinigen, um gemeinsam eine Sozialistenhölle zu betreiben, daß die rücksichtslosesten Polizeimaßregeln gegen die Sozialdemokratie gehandhabt, die Wahlversammlungen anfangs aufgelöst, zuletzt fast überall ganz verboten wurden, daß man die Wahlaufreife konfiszierte und viele Redner, ja selbst Candidaten dieser Partei hinter Schloß und Riegel brachte, daß man die Beamten und Arbeiter unter Drohung sofortiger Entlassung zwang, ihre Unterchriften zu geben und sich zu verpflichten, die Sozialdemokratie in keiner wie immer gearteten Weise zu unterstützen — wenn man dies Alles bedenkt, dann sind die Wahlen weit entfernt davon, eine Niederlage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu sein, dann können unsere deutschen Parteigenossen mit Stolz des 30. Juli gedenken, denn dann haben die Wahlen ein erhebendes Zeugniß von der ergreifenden Wahrheit der sozialistischen Lehren gegeben, dann hat der Sozialismus am 30. Juli erst recht seine eigentliche Weihe erhalten. Man muß wissen, was es heißt trotz drohender Noth und Entbehrung, trotz der Gefahr, seiner Freiheit beraubt zu werden und sich und die Seinigen in's Elend zu stürzen, seiner politischen Ueberzeugung Ausdruck zu verleihen — und das haben Hunderttausende von Männern am 30. Juli gethan. Unter solchen Verhältnissen fällt jede für einen sozialdemokratischen Candidaten abgegebene Stimme doppelt, ja dreifach in die Waagschale.

Nun ist bei diesen Wahlen noch ein anderes Moment in's Auge zu fassen. Nach den Wahlen, die zum vorjährigen Reichstage stattfanden und die die Liberalen, durch die Anzahl der abgegebenen sozialistischen Stimmen völlig verblüfften, da hieß es, daß die Entzweiung zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlichen die Schuld daran trug, daß die verschiedenen herrschenden Parteien nicht genügend ihre Pflicht in der Bekämpfung der Sozialdemokratie gethan haben, daß mit einem Worte nicht alle für die sozialistischen Candidaten abgegebenen Stimmen als sozialistische zu rechnen seien. Dies kann nun diesmal nicht gesagt werden, weil sämtliche herrschende Parteien bei den jetzigen Wahlen in Bezug auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie eine einzige Partei bildeten und unaufhörlich bemüht waren, durch allerlei Lügen und Verdächtigungen Unwillen und Abscheu gegen Alles zu erregen, was nur halbwegs zur Sozialdemokratie gehöre. Wer diesmal seine Stimme einem Sozialisten gab, hat dies aus vollster, innerster Ueberzeugung gethan, aus Ueberzeugung, die dadurch noch mehr an Werth gewinnt, daß ihre Kundgebung mit schwerem Opfer verbunden war.

Die Sozialdemokratie Deutschlands hat daher keine Ursache, mit den jetzigen Wahlen unzufrieden zu sein. Daß sie ein halbes Dutzend Parlamentssitze einbüßt, ist kein so großer Verlust, als es ein Gewinn ist, unter den obwaltenden Verhältnissen noch einige Sitze behauptet zu haben. Um selbständige Anträge zu stellen, war überdies auch die Zahl der sozialistischen Abgeord-

neten, die sie im vorigen Reichstage hatten, nicht genügend; sie hat also diesbezüglich wenig verloren. Was aber die Zahl der Anhänger anbelangt, hat sich dieselbe trotz all' des erbärmlichen Kampfes, der gegen sie geführt wurde, nicht vermindert, ja in den meisten Wahlbezirken, in welchen sozialistische Candidaten aufgestellt wurden, sogar um ein Erhebliches vermehrt.

Eine andere Frage ist es, ob auch die liberalen Parteien Deutschlands, ob die Nationalliberalen und Fortschrittler Ursache haben, mit dem Ausgange der Wahlen zufrieden zu sein. Wenn man die Artikel ihrer Parteiblätter liest, in welchen sie ihrer Freude über die „schweren Niederlagen“ der Sozialdemokratie Ausdruck verleihen, dann sollte man dies zwar meinen, wenn man aber die Zahl der Sitze kennt, die diese beiden Parteien erhielten, dann gelangt man bald zu der Ueberzeugung, daß sie allein alle Ursache hätten, sich in Saß und Asche zu hüllen und über den Ausgang der Wahlen zu trauern; denn während sie im vorigen Reichstage die absolute Majorität hatten, befinden sie sich diesmal gegen die Conservativen und Liberalen in der Minorität. Und so hat sich wieder einmal das alte Sprichwort bewährt: Wer Anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein!

Die Eröffnung des deutschen Reichstages wird am 9. September erfolgen. Die reaktionären Elemente sind in der Majorität. Die gegen die Sozialdemokratie gerichtete Vorlage liegt bereits fertig. Wird die Annahme derselben aber auch vermieden, der Sozialdemokratie den Garaus zu machen, wie dies bezweckt wird? Wir bezweifeln dies nicht nur, sondern wir sind es gewiß, daß dieser Zweck nicht erreicht werden wird, weil man, wie uns die Geschichte zeigt, Ideen durch Nachmittel wohl auf kurze Zeit unterdrücken, aber nicht vernichten kann, und daß dieselben, wenn sie eine Zeitlang gewaltthätig eingedämmt werden, nur mit um so größerer Macht hervorbrennen.

Der Kampf, der gegen die Sozialdemokratie im künftigen Reichstage auf's Neue beginnen wird, wird ein vergeblicher sein. An Kampf und Verfolgung gewöhnt, von dem Bewußtsein getragen, einer hehren Sache zu dienen, wird die Sozialdemokratie, gefaßt auf jede Niedertracht seitens der herrschenden Welt, muthig auf ihrem Posten ausharren und, wie bisher, auch weiter für die Befreiung des arbeitenden Volkes eintreten. An diesem Streben haben die letzten Wahlen nichts geändert, an diesem Streben werden auch alle Ausnahmegerichte nichts ändern. Vorwärts! war stets die Losung aller wahren Reformparteien. Vorwärts! ist auch die Losung der Sozialdemokratie.

So der Artikel in unserm ungarischen Parteiorgan. Wir aber freuen uns, daß unsere Brüder im Auslande die Situation so klar überblicken und dadurch auf's Neue beweisen, daß das geistige Band, welches die Arbeiter und Parteigenossen aller Nationen umschlingt, sich immer fester zieht.

Der Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

§ 1. Vereine, welche sozialdemokratischen, sozialistischen oder communistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen, sind zu verbieten. Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art, insbesondere genossenschaftliche Kassen.

§ 2. Zuständig für das Verbot sind die Centralbehörden der Bundesstaaten. Das Verbot ist durch den „Reichsanzeiger“ bekannt zu machen. Dasselbe ist für das Bundesgebiet wirksam und umfaßt alle Verzweigungen des Vereins, sowie jeden vorgelagerten Verein, welcher sachlich als der alte sich darstellt.

§ 3. Auf Grund des Verbotes sind die Vereinskasse sowie alle für Zwecke des Vereins bestimmte Gegenstände durch die Polizeibehörde mit Beschlag zu nehmen. Nachdem das Verbot endgültig geworden, ist das in Beschlag genommene Geld sowie der Erlös der in Beschlag genommenen Gegenstände der Armenkasse des Ortes der Beschlagnahme zu überweisen. Gegen die Anordnungen der Polizeibehörde findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde statt.

§ 4. Gegen das Verbot steht dem Vereinsvorstande die Beschwerde an das Reichsamt für Vereinswesen und Presse offen. Dieselbe ist innerhalb einer Woche nach der Zustellung des Verbotes bei der Centralbehörde anzubringen, welche dasselbe erlassen hat. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 5. Das Reichsamt für Vereinswesen und Presse hat seinen Sitz in Berlin und besteht aus neun Mitgliedern, welche aus der Zahl der im Reichs- oder im Staatsdienste angestellten Personen zu berufen sind. Mindestens fünf Mitglieder müssen etatsmäßig angestellte Richter sein.

§ 6. Der Präsident, der Stellvertreter des Präsidenten sowie die übrigen Mitglieder des Reichsamts werden für Zeit der Geltung dieses Gesetzes und für die Dauer des zur Zeit ihrer Ernennung von ihnen bekleideten Reichs- oder Staatsamts vom Bundesrath gewählt und vom Kaiser ernannt.

§ 7. Alle Behörden im Reich sind verpflichtet, auf Ersuchen des Reichsamts in ihren Geschäftskreis fallenden Ermittlungen vorzunehmen.

§ 8. Das Reichsamt entscheidet in der Befehung von fünf Mitgliedern, von denen mindestens drei zu den richterlichen Mitgliedern gehören müssen. Die Entscheidungen erfolgen nach freiem Ermessen und sind endgültig. Im Uebrigen bestimmt das Reichsamt seine Geschäftsordnung selbstständig.

§ 9. Versammlungen, von denen anzunehmen ist, daß sie Bestrebungen der im § 1 bezeichneten Art dienen werden, sind zu verbieten; Versammlungen, in welchen solche Bestrebungen zu Tage treten, sind aufzulösen. Den Versammlungen werden öffentliche Festlichkeiten und Aufzüge gleichgestellt. Zuständig

für das Verbot und die Auflösung ist die Polizeibehörde; gegen die Anordnung derselben findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde statt.

§ 10. Druckschriften, welche Bestrebungen der im § 1 bezeichneten Art dienen, sind zu verbieten. Bei periodischen Druckschriften kann das Verbot sich auf das fernere Erscheinen derselben erstrecken.

§ 11. Zuständig für das Verbot ist, wenn es sich um das Verbot des ferneren Erscheinens einer periodischen Druckschrift handelt, die Centralbehörde des Bundesstaats, in welchem dieselbe erscheint, in den übrigen Fällen die Landespolizeibehörde. Das Verbot der ferneren Verbreitung einer im Auslande erscheinenden periodischen Druckschrift steht dem Reichskanzler zu. Das Verbot ist in allen Fällen durch den Reichsanzeiger bekannt zu machen und für das ganze Bundesgebiet wirksam.

§ 12. Dem Verleger sowie dem Herausgeber der Druckschrift steht gegen das Verbot, wenn dasselbe von der Centralbehörde erlassen ist, die Beschwerde an das Reichsamt für das Vereinswesen und Presse, wenn das Verbot von der Landespolizeibehörde erlassen ist, die Beschwerde an die Centralbehörde und gegen deren Entscheidung die weitere Beschwerde an das Reichsamt offen. Die Beschwerde und die weitere Beschwerde sind innerhalb einer Woche nach der Zustellung des Verbotes oder der Entscheidung bei der Behörde anzubringen, welche das Verbot oder die Entscheidung erlassen hat. Weder die Beschwerde noch die weitere Beschwerde haben aufschiebende Wirkung.

§ 13. Auf Grund des Verbotes sind die von demselben betroffenen Druckschriften da, wo sie sich zum Zweck der Verbreitung vorfinden, in Beschlag zu nehmen; die Beschlagnahme kann sich auf die zur Vervielfältigung dienenden Platten und Formen erstrecken. Bei Druckschriften im engeren Sinne hat auf Antrag des Beteiligigten statt Beschlagnahme des Satzes das Ablegen des letzteren zu geschehen. Die in Beschlag genommenen Druckschriften, Platten und Formen sind, nachdem das Verbot endgültig geworden ist, unbrauchbar zu machen. Gegen die Anordnung der Polizeibehörde findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde statt.

§ 14. Die Polizeibehörde ist befugt, Druckschriften der im § 10 bezeichneten Art, sowie die zu ihrer Vervielfältigung dienenden Platten und Formen schon vor Erlass eines Verbotes vorläufig in Beschlag zu nehmen. Die in Beschlag genommene Druckschrift ist innerhalb 24 Stunden der Landespolizeibehörde einzureichen, letztere hat entweder die Wiederabhebung der Beschlagnahme sofort anzuordnen, oder innerhalb einer Woche das Verbot zu erlassen. Erfolgt das Verbot nicht innerhalb dieser Frist, so erlischt die Beschlagnahme und müssen die einzelnen Stücke, Platten und Formen freigegeben werden.

§ 15. Das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung der im § 1 bezeichneten Bestrebungen, sowie die öffentliche Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge sind polizeilich zu verbieten. Das Verbot ist öffentlich bekannt zu machen. Gegen das Verbot findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde statt.

§ 16. Wer an einem verbotenen Verein (§ 2) mit Kenntniß oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung des Verbotes als Mitglied sich betheiligt oder eine Thätigkeit im Interesse eines solchen Vereins ausübt, wird mit Geldstrafe bis zu 500 Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft. Eine gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher an einer verbotenen Versammlung (§ 9) mit Kenntniß des Verbotes sich betheiligt, oder welcher nach polizeilicher Auflösung einer Versammlung (§ 9) sich nicht sofort entfernt. Gegen diejenigen, welche sich an dem Vereine oder an der Versammlung als Vorsteher, Leiter, Ordner, Agenten, Redner oder Kassirer betheiligen, oder welche mit Kenntniß oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung des Verbotes zu einer verbotenen Versammlung auffordern, ist auf Gefängniß von einem Monat bis zu einem Jahre zu erkennen.

§ 17. Wer für einen verbotenen Verein oder für eine verbotene Versammlung mit Kenntniß oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung des Verbotes Räumlichkeiten hergibt, wird mit Gefängniß von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft.

§ 18. Wer eine verbotene Druckschrift (§ 11) mit Kenntniß oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung des Verbotes, oder wer eine von der vorläufigen Beschlagnahme betroffene Druckschrift (§ 14) mit Kenntniß der Beschlagnahme verbreitet oder wieder abdruckt, wird mit Geldstrafe bis zu Eintausend Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 19. Wer einem nach § 15 erlassenen Verbote mit Kenntniß oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung desselben zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu fünfshundert Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft. Außerdem ist das zu Folge der verbotenen Sammlung oder Aufforderung Empfangene oder der Werth desselben der Armenkasse des Ortes der Sammlung für verfallen zu erklären.

§ 20. Personen, welche es sich zum Gewerbe machen, die im § 1 bezeichneten Bestrebungen zu fördern, oder welche nach rechtskräftiger auf Grund dieses Gesetzes erfolgter Beurtheilung wegen einer darauf bezugenen Zuwiderhandlung gegen dasselbe rechtskräftig zu einer Strafe verurtheilt worden sind, kann der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten verboten werden. Wenn sie Ausländer sind, können sie aus dem Bundesgebiete ausgewiesen werden. Unter gleichen Voraussetzungen kann Buchdruckern, Buchhändlern, Leihbibliothekaren und Zahabern von Lesecabinetten, sowie Gastwirthen, Schankwirthen und Personen, welche Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus treiben, der Betrieb ihres Gewerbes untersagt werden. Personen, welche es sich zum Gewerbe machen, die im § 1 bezeichneten Bestrebungen

Bestellungen
nehmen an alle Postämtern und Post-
büros des In- u. Auslandes.
Hilfs-Expeditionen.
New York: Soc.-democr. Massen-
schreibbureau, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: E. Hoff, 630 North
3rd Street.
J. Hill, 1129 Charlotte Str.
Boston N. J.: E. A. Gorge, 215 Wash-
ington Str.
Chicago: A. Kanfermann, 74 Clybourn-
Chicago: A. Kanfermann, 74 Clybourn-
San Francisco: E. Hoff, 418 O'Farrell Str.
London W.: E. Hoff, 2 New
Golden Square.

zu befördern oder welche auf Grund einer Bestimmung dieses Gesetzes einmal rechtskräftig zu einer Strafe verurteilt worden sind, kann der Legitimationschein zur gewerbsmäßigen öffentlichen Verbreitung von Druckschriften (§ 43 der Gewerbeordnung) und der Legitimationschein zum Verlaufe von Druckschriften im Umherziehen (§ 55 a. a. O.) entzogen, sowie die nicht gewerbsmäßige öffentliche Verbreitung von Druckschriften (§ 5 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874) unterlagt werden. Druckerien, welche geschäftsmäßig zur Förderung der im § 1 bezeichneten Bestrebungen benutzt werden, können geschlossen werden.

§ 21. Zuständig für die in § 20 vorgesehene Verfügung ist die Landespolizeibehörde, gegen dieselben steht den Betroffenen die Beschwerde an die Centralbehörde und gegen deren Entscheidung die weitere Beschwerde an das Reichsamt für Vereinswesen und Presse offen. Die Beschwerde und die weitere Beschwerde sind innerhalb einer Woche nach Zustellung der Verfügung oder der Entscheidung bei der Behörde anzubringen, welche die Verfügung oder die Entscheidung erlassen hat. Weder die Beschwerde, noch die weitere Beschwerde haben aufschiebende Wirkung.

§ 22. Wer einer auf Grund des § 20 erlassenen Verfügung zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Im Falle der Zuwiderhandlung gegen eine auf Grund des § 20 Absatz 1 erlassene Verfügung tritt Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu einem Jahre ein.

§ 23. Für Bezirke oder Ortschaften, in welchen durch die im § 1 bezeichneten Bestrebungen die öffentliche Sicherheit bedroht ist, können die Centralbehörden der Bundesstaaten mit Genehmigung des Bundesrathes für die Dauer von längstens einem Jahre Anordnungen dahin treffen: 1) daß Versammlungen nur mit vorgängiger Genehmigung der Polizeibehörde stattfinden dürfen, 2) daß die Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten nicht stattfinden darf, 3) daß arbeitslose Personen, welche nicht nachweisen können, daß sie die Mittel zu ihrem Unterhalt besitzen und welche in den Bezirken oder Ortschaften einen Unterhaltswohnsitz nicht erworben haben, aus denselben auszuweisen sind, 4) daß der Besitz, das Tragen, die Einführung und der Verkauf von Waffen verboten, beschränkt oder an bestimmte Voraussetzungen geknüpft wird. Die getroffenen Anordnungen sind durch den „Reichsanzeiger“ bekannt zu machen. Wer denselben mit Kenntniß oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 24. Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Lassalle und Ziegler. Verschiedene conservative und fortschrittliche Organe streiten sich in letzterer Zeit vielfach über das Verhältniß Ziegler's zu Lassalle. Die conservativen Blätter behaupten, Ziegler sei auch noch der Freund des sozialistischen Agitators Lassalle gewesen, während die Fortschrittler von einem jähen Bruche fasseln, den Ziegler herbeigeführt habe, als Lassalle den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein gegründet habe. Um hiervon den Beweis zu führen, veröffentlicht die „Bosfische Zeitung“ folgende Mittheilung:

In einem Briefe an seinen ältesten Jugendfreund, den schon im April 1874 von Ziegler verstorbenen Kreisgerichts-Direktor Ritter in Frankfurt a. d. O., mit dem er in regem Briefwechsel und in lebendigem Verkehr stand, schrieb Ziegler unterm 10. August 1864 wörtlich folgendes: „Ueberhaupt gebe ich in der Unterhaltung zu viel aus, während man doch gar zu wenig einnimmt. Nur Stahl regt mich an, etwas auch für die, vor Allem aber das Riesengenie des Lassalle. Während Humboldt und die ganze Welt vor seinem „Herakleitos“ das Arie beugte, während der greise, große Doctz nie unterläßt, am Geburtstag des Mannes gratulirend zu erscheinen, während Rosenkranz ihn als den ersten philosophischen Kopf Deutschlands anerkennt, während Savigny, der nur den ersten Band der „Theorie der erworbenen Rechte“ erlebte, in die Worte ausbrach: „Seit Donellus ist so ein Buch nicht geschrieben“, beurtheilt die heutige Unwissenheit, Plattitüde und bourgeoise Frechheit den Mann bloß aus seiner Agitation, was so unverständlich ist, als wollte man Fichte wegwerfen, weil

er einmal absolut für alle Welt Pässe mit Portraits verlangte. — Die neueren erscheinenden Handbeken-Compendien frochten von Allegaten aus Lassalle, und doch haben, die Universität abgerechnet, nicht 10 Juristen in Berlin das Buch studirt und nicht die Hälfte es verstanden, weil man dazu Jurist und Philosoph zugleich sein muß. Ich habe es täglich nie über 40 Seiten bringen können und volle drei Monate dabei gebraucht. — Wenn ich nun auch mit diesem Manne den Umgang etwas gewaltiam abgebrochen, so magst Du daraus auf meinen Seelenzustand schließen.“

Hierzu macht nun unser Berliner Parteiorgan folgende Bemerkungen:

„Die gute „Bosfin“ glaubt augenscheinlich aus den letzten Worten den gewünschten Beweis erbracht, sie scheint indeß dabei zu übersehen, daß der Allgemeine deutsche Arbeiter-Verein, dessen Statuten Ziegler auf Wunsch Lassalle's ausgearbeitet hatte, bereits im Mai 1863, also ein Jahr bevor Ziegler selbst seinen Bruch mit Lassalle seinem Seelenzustand zuschreibt. Uebrigens mag die Tante Bos zu ihrer Beruhigung erfahren, daß Ziegler noch im deutschen Reichstage mit einigen unserer Abgeordneten in der freundschaftlichsten Weise verkehrte, über welchen Verkehr Kost und Hasenclever nähere Auskunft geben können.“

Was nun Hasenclever anbetrifft, so ermächtigt derselbe uns zu der Erklärung, daß er mit dem Abgeordneten Ziegler innerhalb und außerhalb des Reichstages sich mehrmals über Lassalle und den Sozialismus unterhalten und daß Ziegler immer mit der größten Achtung und Bewunderung noch im Jahre 1874 von Lassalle gesprochen habe. Zu Hasenclever bemerkte Ziegler wiederholt, daß er das ungesüme Vordringen Lassalle's im Jahre 1863, besonders aber die Herausgabe des „Offenen Antwortscheibens“ allerdings anfangs streng getabelt habe, daß er aber nunmehr zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß Lassalle lediglich dadurch eine culturgeschichtliche Mission übernommen und zu rechter Zeit eingegriffen habe. Wäre Lassalle nicht aufgetreten, so hätte sich ein Anderer, vielleicht weniger geschickter Agitator eingestellt. — Im Reichstage selbst, in der sogenannten Sozialistenecke sprach im Jahre 1874 Ziegler mit Hasenclever und sagte ungefähr wörtlich folgendes, indem er auf die Nationalliberalen und Fortschrittler hinzeigte:

„Sehen Sie sich diese Leute doch einmal an; der bei weitem größte Theil derselben besteht aus Strebern, die lediglich ihres Fortkommens halber sich haben wählen lassen; weit, weit nach links, selbst in meine unglückliche Partei hinein, in welcher allerdings noch einzelne sehr brave Männer sich befinden, reicht das Streberthum. Sehen Sie dort, dort überall Streber, Streber, Streber! Und diese Leute machen die Gesetze.“ — Ziegler ging mit diesen Worten zum Saale hinaus.

Später fragte ihn Hasenclever, weshalb er bei solchen Ansichten denn in der Fortschrittspartei bleibe, worauf Ziegler antwortete: „Ich bin alt, mein Körper ist morsch, ich sterbe bald — weshalb soll ich da noch alte Freunde, Leute, die es gut meinen, aber die neue Zeit nicht verstehen, vor den Kopf stoßen, und Euch kann ich doch nichts mehr nützen.“ — Ein anderes Mal sagte Ziegler zu Hasenclever, und zwar kurz vor seinem Tode, als er nach einer bestandenen Krankheit nur noch einige Male in den Reichstag kam: „Euch gehört die Zukunft!“

Es fällt uns nun aber gar nicht ein, den verstorbenen Ziegler für uns zu reklamiren, da wir in vielen Punkten mit den Ansichten desselben durchaus nicht einverstanden sind. Doch mögen die Fortschrittler, denen er ja formell bis zu seinem Tode angehörte, von Ziegler lernen, daß man die Sozialdemokratie als eine in der historischen Entwicklung des Menschengeschlechts begründete und nothwendige Partei anzusehen und demnach auch zu urtheilen hat. Ziegler war klug und gerecht — die heutige Fortschrittspartei aber ist beschränkt, heuchlerisch und ungerecht. Ob sie noch nicht zu alt, zu morsch ist, um zu lernen, das wird die nächste Zukunft zeigen. Ohne eine gründliche Besserung wird sie bald „sterben und verderben“.

— Zur Illustration reichstreuer Wahlmanöver. Welcher Mittel sich die Liberalen bei der Wahl bedienen, zeigt wohl am besten die nachfolgende Erklärung Brade's, welche derselbe in der „Neuen Offenbacher Zeitung“ erläßt. Brade war im Wahlkreise Offenbach-Dieburg einige Tage für die Wahl Liebknecht's, welcher mit dem Nationalliberalen Dernburg dort in engerer Wahl stand, thätig. Die Erklärung lautet:

„Hiermit erkläre ich, daß die im nationalliberalen Flug,

O, laß Parteigetriebe umstricken nicht Deinen Sinn:
Aus Deinem blinden Hader der Wölfe nur zieht Gewinn!
Es steht ja Dir zur Seite ein mächtiger Schutz und Hort,
So Du nur willig hörst auf seiner Verheißung Wort.

Ein hehrer Engel ist es, lichtweiß und voll edler Gluth,
Der Dich im Streite schützet gen beider Dämonen Wuth.
Der Engel aber heißt: die Treue zum Vaterland; —
Die wahre Nächstenliebe, ohn' Anseh'n von Rang und Stand;

Gehorjam dem Gesetze und Ehrfurcht und heil'ge Scheu;
Die hege warm im Herzen und pflanze sie tief auf's Neu'!

Stellt dieser lichte Engel sich zwischen das Schwarz und Roth,
So hat's mit Deiner Zukunft, o deutsches Geschlecht, nicht Noth.
Dann prangt für alle Zeiten Dein Name im Völkerbuch,
Als Schirm der Treu' und Wahrheit, als Segner von Lug und Trug;
Und Deine fernsten Enkel — gleichwie Deine Kinder heut' —
Sie werden Deiner Thaten sich rühmen mit stolzer Freud'.
F. Wösch.

(„Leipziger Tageblatt“ vom 30. Juli 1878.)

— Der Ursprung der Lessing'schen Fabel von den drei Ringen. Am 15. November d. J. wird ein Jahrhundert verfloßen sein, seitdem Lessing seinen „Nathan der Weise“ zu schreiben begonnen hat. Aus dem in Mainz erscheinenden „Israelit“, welcher mehrere Artikel über dieses epochemachende Drama veröffentlicht, erfahren wir die für die literarische Welt gewiß interessante Mittheilung, daß die Fabel von den drei Ringen, welche die Quintessenz des Lessing'schen Dramas ist, ursprünglich von einem Juden erfunden und daß ihr eine historisch beglaubigte Thatfache zu Grunde liegt. Lessing zwar hat nicht aus dieser Quelle geschöpft; er hat die Fabel dem Dekameron des italienischen Schriftstellers Boccaccio entnommen. Vielleicht hat Boccaccio die jüdische Erzählung vernommen und sie in seiner Weise umgestaltet. Die ursprüngliche Erzählung befindet sich in dem von dem jüdischen Arzte Salomo de Birgo (lebte um 1480) verfaßten „Schebet Jehuda“, Kap. 32, und ist folgenden Inhalts: König Don Pedro, der Ältere, wollte einen Kriegszug gegen die Ungläubigen unternehmen. Da sprach zu ihm Ricalao von

blatt mir in den Mund gelegten Worte: „Die Entwicklung der Menschheit bleibt nicht vor den jeweiligen Eigenschaftsverhältnissen stehen; wer sich uns widersetzt, wird zu Grunde gehen!“ und: „Die Göttin der Liebe soll wieder auf den Thron kommen, und von wem die Liebe gewichen ist, der mag getroßt das äußere Band zerreißen!“ sich so in meinen Schriften nicht findet, daß diese angeblich wortgetreuen Citate gefälscht sind. Dasselbe kann ich von der Mehrzahl der sonstigen „zur Charakteristik der Grundzüge und Ziele der Sozialdemokratie“ mitgetheilten „Sätze“ behaupten; auch diese sind mehr oder weniger gefälscht. Wer mir auf Seite 17 des „Manifestes der Communisten“ den Satz zeigt: „Der Zweck derselben (der Communisten) ist die Aufhebung der Familie und die Gemeinschaft der Weiber“ erhält 100 Mark Belohnung. Pfuui über diese Fälschungen!
Offenbach, 7. August 1878. Wilhelm Brade.

— Zum Bürgerkriege! Das christlich-conservative Wahlcomité (Centrumpartei) des Rattowig-Jabzger Wahlkreises erläßt folgenden bemerkenswerthen Aufruf:

„Hilfe, schnelle Hilfe für die zahlreichen Wahloffer des Rattowig-Jabzger Wahlkreises!“

Dem unerhörten Hochbrude, welcher am 30. Juli c. bei der Reichstagswahl in unserem Wahlkreise von den gegenwärtig freiconservativen, früher durchweg „liberalen“ Arbeitgebern und deren Beamten ausgeübt wurde, ist, Gott sei es geklagt, eine leider zu große Anzahl von Wahlopfern gefolgt. Die vorgekommenen vielfachen Ungehelichkeiten sind bereits bekannt. Doch die Tyrannei geht weiter. Der gemäßigtere Arbeiter wird verhöhnt und, wo auch immer bei den Begnern er zur Arbeit sich meldet, unerbittlich zurückgewiesen. Schnelligste Hilfe thut daher dringend noth, und zwar um so mehr, als man den aus der Arbeit Getriebenen sogar den gebrauchlichen Vorkauf für die geleistete Arbeit vorenthält, so daß sehr viele Familien in Gefahr sind, dem Hunger anheimzufallen. Dieser zum Himmel schreienden Noth kann allein die allgemeine Opferwilligkeit der Katholiken des ganzen deutschen Vaterlandes abhelfen. Ihr Brüder, helft! Wer bald giebt, giebt doppelt! Laßt nicht zu, daß Hunderte der Verzweiflung oder dem Abfall von der gerechten Sache zugetrieben werden und so dem ungerechten Triumph noch der Hohn der Gegner sich beigefelle. Die kleinste Gabe ist willkommen! Gebe Jeder nach seinen Kräften! Zu Hilfe rufen wir bei dieser Sammlung die gesammte katholische Presse Deutschlands, welche bereits im Jahre 1873 zu gleichem Zwecke so bereit willig und erfolgreich eingetreten ist.“

Da sieht man die Früchte, welche auf dem Boden des Klassenkampfes reifen, den die Liberalen durch ihre Brutalität entzündet! So aber muß es kommen!

— Ueber eine neue Illustration zur Wahlfreiheit berichtet die „Kieler Zeitung“ folgendes:

„An sämtliche Schulbehörden der Provinz soll in diesen Tagen ein Regierungsschreiben ergangen sein, in welchem das Verhalten einiger Lehrer bei Gelegenheit der letzten Reichstagswahlen einer scharfen Kritik unterzogen wird. Es sei von Seiten der Regierung, soll es in jenem Schreiben heißen, die Wahrnehmung gemacht worden, daß bei der Förderung der Wahlregierungsfeindlicher Candidaten nicht selten Lehrer es gewesen, welche Wählerversammlungen berufen und geleitet, Wahlausrufe unterdrrieben und theilweise auch eine kräftige Agitation für solche Candidaten ins Werk gesetzt hätten. Ein solches Verfahren könne mit den Pflichten eines mittelbaren Staatsbeamten nicht in Einklang gebracht werden und würden daher sämtliche Schulbehörden angewiesen, diejenigen Lehrer, welche in oben angegebener Weise die Wahlregierungsfeindlicher Candidaten zu fördern gesucht, darauf aufmerksam zu machen, daß die Regierung ein solches Vorgehen nicht dulden, sondern im Wiederholungsfalle das Disziplinarverfahren gegen solche Lehrer einleiten werde. — Wir haben den Inhalt des Regierungsschreibens nicht wörtlich, aber doch dem Sinne nach wiedergegeben, um zur Lösung der jetzt vielfach aufgeworfenen Frage, ob wir einer Reaktion entgegengehen, einen Beitrag zu liefern. Wir geben diese Mittheilungen ohne weiteren Commentar und bemerken nur, daß der Lehrerschaft unter der preussischen Regierung noch kaum so etwas geboten sein dürfte.“

In unserer Praxis haben wir bisher nur wenig Lehrer gefunden, die den Muth hatten, für wahre Volksfreiheit einzutreten; wenn daher solche Erlasse gegen den Lehrerstand für nothwendig befunden werden, so liegt auf der Hand, daß wir

Valencia: „Warum willst Du gegen die Ungläubigen in die Ferne ziehen und die Ungläubigen im eigenen Lande, die Juden, verschonen, die Juden, welche voll Haß gegen uns sind?“ „Haßt Du Dich selbst davon überzeugt?“ fragte der König, worauf dieser erwiderte, daß er so von einem getauften Juden vernommen. Der König bestritt die Glaubwürdigkeit des Apostaten und ließ, um sich selbst zu überzeugen, einen weisen Juden Namens Ephraim Iben Chagoos vor sich kommen, zu dem er sprach: „Sage mir, welche Religion ist besser, die christliche oder die Deinige?“ Der Weise antwortete: „Meine Religion ist mir besser, denn Sklaven waren meine Eltern in Egypten, und Gott hat uns mit vielen Wundern befreit; Deine Religion aber, o König, ist Dir besser, da sie die herrschende ist.“ — „Ich habe nicht“, entgegnete der König, „nach der Zweckmäßigkeit gefragt; ich will vielmehr wissen, welche Religion an und für sich die bessere ist.“ Der Weise verlangte drei Tage Bedenkzeit. Nach drei Tagen kam der Jude betrübt und niedergeschlagen vor den König. „Warum bist Du so betrübt?“ fragte der König. „Man hat mich unschuldig gefrankt“, antwortete der Weise. „Mein Nachbar ist verreist und hat jedem seiner beiden Söhne einen kostbaren Edelstein zurückgelassen. Nun kamen die beiden Söhne zu mir und verlangten, ich sollte ihnen die Steine schenken und sagen, welcher vor den andern den Vorzug verdiene. Ich aber sprach: Wer kann Euch bessere Auskunft geben, als Euer Vater, der ein großer Künstler, ein Kenner der Edelsteine, ihrer Form und Fassung ist. Schickt zu ihm, er möge Euch die Wahrheit sagen. Wegen dieser Antwort haben sie mich geschlagen und geschimpft.“ „Sie haben Dir Unrecht gethan“, sagte der König, „und verdienen bestraft zu werden.“ Da sprach der Weise: „So mögen Deine Ohren vernehmen, o König, was Dein Mund spricht. Siehe, Elam und Jakob waren Brüder, und jedem von ihnen ist ein Stein gegeben worden; da nun mein König wissen will, welcher von Beiden der Bessere ist, so möge der König einen Voten schicken an unsern Vater im Himmel, der da ist der große Juwelier (Capidario) und er möge sagen, welcher Stein den Vorzug verdient.“ — „Siehst Du, Ricalao“, sprach hierauf der König, „wie klug und weise dieser Mann ist? Du aber verdienst bestraft zu werden, weil Du die Juden verleumdete hast.“

— Ueber den Nationalliberalismus. In einer kleinen Schrift des bekannten Herrn Wlagau, die er zu den Reichstags-

Reichstreuer Blödsinn, oder: Schwarz, weiß und Roth.

Zwei Riesengeheuer bedrohen das deutsche Land;
Sie breiten ihre Schatten vom Fels bis zum Meeresstrand.
Das eine — schwarz und listig — ein Sohn ist's der Finsterniß
Und seine Wunden brennen, wie giftiger Schlangen Biß. —
Das andre roth und blutig —; von höllischer Wuth entflammt,
Sind seine Greuelthaten nur sinnlicher Lust entflammt.

Das Erste droht von ferne, von jenseit der Berge her;
Wo es sich eingenistet, da läßt es die Geister leer.
Es schleicht mit Weibhalsdäusen in's menschliche Herz sich ein,
Erfüllt's mit Wahngebilden und Märtyrer Heil'genschein; —
Zu Ehren seines Gottes erbebt es vor Nichts zurück:
Als Himmelspfortner mücht' es auch leiten der Welt Geschick.

Für wahre, fromme Liebe und eheliches Gottvertrau'n
Sah man es Scheiterhaufen zum Auto da sé erbau'n;
In Deutschland nicht gezeuget, erstrebt es seit alter Zeit
Der deutschen Macht und Hoheit, und irdische Herrlichkeit.
Und seine Partifane, — sie dienen als Knechte gut,
Verleugnen blinden Eifers das alte Germanenblut.

Das Zweite — dreimal Wehe! — ein Sproß ist's der deutschen Erd';
Es legt seine Schlingen an armer Bedrängter Heerd; —
Mit schmeicheln glatten Worten umstrickt es der Schwachen Sinn,
Führt sie, die leicht Bethörten, zu Frevel und Unthat hin.
Es lockt sie mit Bildern von Freiheit und Gleichheit an:
Doch über Menschenleichen geht seine verruchte Bahn.

Und die sich ihm ergaben, für jede Belehrung taub,
Das Beste, Schönste zieht'n sie zu sich in den Schmutz und Staub;
Der Menschheit Heiligthümer, sie machen auch sie zum Spott
Und wagen, wuthentbrennet, sogar einen Kampf mit Gott!
Aus ihrer Mitte richtet — wer hätte dies je geglaubt! —
Sich selbst die Mörderwaffe auf unser's Kaisers Haupt.

O Deutschland, wehe, wehe, wenn Du sie nicht beide fällst,
Im Kampf wie eine Mauer nicht treulich zusammen hältst!

einer Reaktion nicht erst entgegengehen, sondern schon mitten drin sind.

— Eine neue Kampfmethod. Die Braunschweiger Arbeitgeber, welche ihren Arbeitern das Lesen sozialistischer Blätter verboten haben, sind nunmehr auf den Einfall gekommen, selbst ein Arbeiterblatt herauszugeben und dadurch ihren Leuten einen Ersatz zu bieten. Wie dieser Ersatz ausfallen wird, kann man sich leicht denken. Unsere heutige liberale Presse ist ja, mit wenigen Ausnahmen, so recht der Typus der Geist- und Gedankenlosigkeit in den herrschenden Klassen, und besser kann man es doch nicht machen. Die „Berliner Freie Presse“ meint, das ganze Ding sei jedenfalls auf nichts anderes berechnet, als einem sozialistenfresserischen brodfressenden Journalisten einen Posten zu verschaffen. Da hat unser Parteiorgan vielleicht den Nagel auf den Kopf getroffen!

— Ein Keil treibt den andern. Aus Augsburg wird mitgeteilt, daß dortige Polizeibeamte zwei Handwerksmeister, die sozialistische Arbeiter beschäftigten, aufgefordert hätten, die Arbeiter zu entlassen, sonst bekämen sie keine städtischen Arbeiten mehr. Nur Einer wies diese Zumuthung energisch zurück, der Andere fügte sich. Der Fall steht nicht vereinzelt da, auch anderwärts kommt dies vor. Die Behörden nehmen Partei und vergessen ganz, daß sie Diener des Volkes und nicht seine Herren sind. — Auf der anderen Seite wird aber auch aus verschiedenen Gegenden gemeldet, daß unsere Parteigenossen ganz entschieden gegen alle diejenigen Gewerbetreibenden vorgehen, die sich besonders im Schimpfen auf uns hervorgethan, und denselben nichts mehr ablaufen. So sind uns mehrere Fälle bekannt, wo z. B. Gastwirthe ihre sämmtlichen Gäste verloren und ihr Bier selber trinken müssen. Auch nicht übel!

— Zur Beachtung für unsere Parteigenossen theilen wir nachfolgend eine der „Frankfurter Zeitung“ zugehörnde Zuschrift eines Juristen mit, aus der hervorgeht, wie Unrecht diejenigen Polizeibeamten haben, welche bei Volksversammlungen zc. Fenster und Thüren der Lokale geschlossen verlangen. Die Zuschrift lautet:

„Mit Rücksicht auf das wiederholt in jüngster Zeit dahier seitens der Polizei gestellte Verlangen der Schließung von Thüren und Fenster von Versammlungsorten sei darauf hingewiesen, daß die Verordnungen, betr. Verhütung eines die geistliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes vom 11. März 1850 von „geschlossenen Räumen“ nur im Gegensatz zu „unter freiem Himmel“ spricht, daß also unter geschlossenen Räumen „Gebäude oder Häuser“, die mit einem Dach versehen, zu verstehen sind und daß es gleichgültig ist, ob die Fenster und Thüren geöffnet sind oder nicht. Dies bestätigt auch Abbe: Das Staatsrecht der preuß. Monarchie, 2. Aufl. 1864, 1. Band, 11. Abtheilung, S. 146, N. 2.“

— Zum Kapitel der Wahlbeeinflussungen wird der „Berliner Volkszeitung“ aus Acherleben von der Stichwahl geschrieben:

„In unserem Wahlkreis hat bekanntlich eine Stichwahl zwischen dem nationalliberalen Kreisrichter Trautmann und dem bekannten Freunde des Fürsten Bismarck, Dieze-Barby, stattgefunden. Die schon vor der ersten Wahl geübten Wahlbeeinflussungen zu Gunsten dieses Kandidaten werden in den Schatten gestellt durch den neuesten Aufruf des für Dieze wirkenden Comités. Darin heißt es: „Fürst Bismarck selbst depeßierte in diesen Tagen an Dieze: Ich höre mit Verwunderung, daß Ihre Wiederwahl diesmal bestritten wird. Ihr Ausbleiben im Reichstag wäre eine Calamität. Kann ich etwas Zulässiges thun, um demselben vorzubeugen? Bismarck.“ Wir achten diese Aeußerung des Reichsanzlers als einen vorzüglichen Freundschaftsbeweis desselben für den Mann unseres Vertrauens zc. — Kann man die Veröffentlichung dieser Depeße, ja ihre Aufnahme in den Wahlaufruf noch als „zulässig“ erachten? Die Wahlprüfungskommission des Reichstags wird die Antwort hierauf zu geben haben. Schon jetzt aber wäre es von allgemeinstem Interesse, zu erfahren, ob Fürst Bismarck einen solchen Gebrauch seines Freundschaftsbeweises“ gestattet hat oder ob man dies gewagt hat, ohne ihn darum anzugehen.“

„Zulässiges!“ — Sehr dehnbarer Begriff, ebenfogut wie die Vernünftige „Grenze des Erlaubten“ und die Eulenburg'sche „Grenze des Möglichen“.

wahlen veröffentlicht hat und der wir im Allgemeinen der vielen conservativen Schranken halber, die in der Schrift enthalten sind, nicht beistimmen können, entnehmen wir folgenden interessanten Absatz über den Liberalismus:

Nach dem großen Kriege mit Frankreich nach der Einigung Deutschlands folgte die Milliarden-Aera, die kolossale Orgie des Börsen- und Gründungsschwinds, an welcher der National-liberalismus innerhalb und außerhalb der Parlamente den Hauptantheil hat. Vornehmlich liberale Abgeordnete, vornehmlich liberale Beamte aller Grade, darunter Excellenzen, Präsidenten, Geheimräthe und Richter, vornehmlich auch liberale Bürgermeister, Stadtrathe und Stadtverordnete, vornehmlich liberale Edelleute, darunter Grafen und Herzöge, vornehmlich liberale „Volkmirthe“, Aerzte, Advokaten, Professoren und Künstler — betheiligten sich bei den faulsten Gründungen, schmückten mit ihren Namen und Titeln die läghaften Prospekte, dienten als „Schlepper im Wauernfang“, erhielten große Beuteantheile und fette Sinecuren als Verwaltungsrathe. Vornehmlich die liberale Presse war die Zutreiberin und Zubhalterin der verbrecherischen Gründer und Schwinder, welche über die Zeitungsschreiber und Zeitungsbesitzer einen Goldregen austreteten. Eine tiefe Corruption hatte namentlich die höheren Schichten der Gesellschaft ergriffen. Scham und Anstand, Gewissen und Rechtsbestand schienen entflohen zu sein. Von 1870—1873 sahen im preussischen Abgeordnetenhaus unter zusammen 432 Mitgliedern etwa 90 Gründer resp. „Erste Zeichner“ und Aufsichtsrathe. In derselben Periode sahen im deutschen Reichstage, der damals 382 Mitglieder zählte, 105 Gründer resp. „Erste Zeichner“ und Aufsichtsrathe. Von 1870—1878 zählte man im preussischen Landtage und im deutschen Reichstage zusammen fast 300 Abgeordnete, die bei Gründungen thätig gewesen sind oder als Verwaltungsrathe fungirten. Sogar im preussischen Herrenhause sahen noch gegenwärtig 57 Gründer und Aufsichtsrathe. Welch gewaltige Vertretung des Kapitals, welche ungeheure Beeinflussung zu Gunsten des Handels und der Börsen! Die Schwindelperiode war zugleich die Blüthezeit des Nationalliberalismus, von 1870—1873 stand er auf dem Gipfel seiner wirtschaftlichen Macht. Er prägte unaufhörlich den allgemeinen Wohlstand, den befruchtenden Segen des Milliardenstroms; er forderte ungehemmt die Erhebung von Industrie, Handel und Verkehr, und trieb beständig zu neuen Unternehmungen. Leider fand er Glauben nicht nur beim Volke, sondern auch bei der Regierung.

— Das Camphausen'sche Rezept, welches die deutsche Bourgeoisie mit Kupfhand entgegennahm und auch praktisch anwandte, findet nun auch in dem könnigs- und reichstreuem „Staats-sozialist“ eine eigenthümliche Beurtheilung. Das Blatt schreibt: „Mit dem Bruchliegen eines Theils der Arbeitskraft ist die Consumtions- wie die Produktionskraft eines Volkes gleichmäßig geschwächt, und es schmeckt fast nach Blödsinn, die Consumtions-, d. h. die Kaufkraft eines Volkes durch Abminderung seines Arbeitsdienstes steigern zu wollen.“ Ist das nicht starker Tabak? Sie kommen nur zu spät damit, jetzt wo Camphausen nicht mehr ist und sein famoseres Rezept sehr viel zum Ruin der gegenwärtigen Gesellschaft beigetragen, da ist so etwas leicht, man muß sagen gar keine Kunst, zu schreiben. Wie lange werden seine Collegen noch ihren Nimbus besitzen?

— Wiederum ein vernünftiger Ausspruch. Die „Berliner Volkszeitung“ schreibt:

„Eine Frage, die sich gegenwärtig am stärksten aufdrängt, ist gewiß die: woher die Einmüthigkeit und Geschlossenheit der sozialdemokratischen und der ultramontanen Partei herrührt, gegenüber der Zersplitterung der anderen Parteien. Die Antwort bedarf einer sehr gründlichen Erörterung und wir werden sie noch oft genug unseren Lesern vortragen. Für heute mag die Andeutung genügen, daß für die Festigkeit, die Energie und die Geschlossenheit einer Partei nichts in der Welt wirksamer ist, als die Verfolgungslust von Seiten ihrer Gegner. Die ultramontane Partei verdankt ihre Stärke hauptsächlich den Raizegeßen und dem Kulturkampf, die Sozialdemokratie verdankt ihre Stärke den übertriebenen Verfolgungen und den schweren Prozessen, mit welchen man sie in jüngster Zeit heimgesucht hat.“

Auf Originalität allerdings hat dieser Satz keinen Anspruch. Ist der Spruch doch schon sehr alt: „Mit den Verfolgungen wachsen auch die Erfolge!“

— Vor lauter Kerger, daß wir aufforderten, Sammlungen von Blättern anzulegen, aus denen die Kothheit, Dummheit und Feigheit unserer Gegner im gegenwärtigen Kampfe hervorgeht, sucht die „Sozial-Correspondenz“ des Herrn Viktor Böhmert aus unserem Blatt einige Stellen aus dem Zusammenhange zu reißen, die natürlich die Kunde durch sämtliche Repetitionen u. dgl. unserer Gegner veröffentlichten, wenn wir es jetzt schon für geeignet hielten, so beschränken wir uns darauf hinzuweisen, daß einzelne liberale Blätter ihre Wuth so weit trieben, öffentlich zum Mord und Todtschlag der Sozialisten aufzufordern! Was jedenfalls einige unserer „Kraftstellen“ tausendmal aufwiegt.

— Ueber die zweite Versammlung der strikenden Rutscher in Paris berichtet die „Vossische Zeitung“: „Auch diesmal verlief die Versammlung in lobenswerther Ordnung, nur waren die Theilnehmer viel aufgeregter und mehrmals kam es zu heftigen Unterbrechungen der Redner. Präsident Rozuc brückte sein Bedauern darüber aus, daß das Publikum während der Westausstellung unter dem Striche zu leiden habe; aber die Verantwortung für diese Zustände komme nicht den Rutschern, sondern den Arbeitgebern zu. Nach einer Aufzählung der Vorgänge während des Strikes verlas der Präsident die neuen Versöhnungs-Vorschläge, die von den Delegirten im Einvernehmen mit der Syndikatskammer ausgearbeitet wurden: 1) Abschaffung des Besoldungsmodus, nach welchem der Rutscher nach Ablauf der Tagesarbeit eine gewisse von den Arbeitgebern festgesetzte Summe abliefern muß. 2) Die Rutscher sollen mittelst des Controlbogens arbeiten (travail à la feuille), d. h. seine Arbeit oder sein Rangel an Arbeit soll im Laufe des Tages an jeder Droschkenstation constatirt werden. 3) Biergeschuldigkeit obligatorische Arbeitszeit. 4) Wenn der Rutscher von einem Clienten länger in Anspruch genommen werde, so solle er 50 Cent. Entschädigung per Arbeitsstunde von der Compagnie erhalten. 5) Erster Lohn 5 Francs per Tag. 6) Die Rutscher sollen nicht mehr gehalten sein, die beim Sturz der Pferde zerbrochenen Deichseln zu bezahlen. 7) Aufhören des Zwangs zum Eintritt in die Krankenkasse der Droschken-Gesellschaft. 8) Wenn ein Rutscher kündigt und abgeht, so soll ihm sein letzter Tagelohn nicht zurückgehalten werden können. 9) Zwei Ruhetage monatlich.“ Die Versammlung nahm dieses gegen die früheren Forderungen der Strikenden erheblich reduzierte Programm mit großer Majorität an. Neue Delegirte wurden hierauf gewählt, die auf

Die Abwicklung des „Milliardengeschäfts“ ward übermäßig beschleunigt, Herr Camphausen überstürzte sich mit der Kündigung von Staatsanleihen, große Kapitalien wurden frei, und ihre Besitzer, die sich bei sicherer Anlage mit einem bescheidenen Zinssatze begnügt hatten, mußten nun, wohl oder übel, zu den so massenhaft fabrizirten „neuen Werthen“ greifen. Die kolossalen Schwindbelegen der Gründer, nackt und offen betrieben, konnten der Regierung kaum verborgen bleiben, aber sie wagte nicht, einzugreifen, da ihr das neue Aktiengesetz kaum eine Handhabe bot, und weil sie vielleicht auch fürchten mochte, den wirtschaftlichen Aufschwung“ zu stören, den Jörn der liberalen Presse zu erregen.“

Wir wissen nun nach diesen Mittheilungen nicht, wer sich am meisten bei Herrn Gagau zu bedanken hat: der von ihm besonders angegriffene Nationalliberalismus, oder die Regierung, welche auch damals unter der Leitung des Herrn von Bismarck stand.

— Zur Nahrungsmittel- zc. Fälschung. Aus der „Neue Ordnung und Regiment“ der Landschaft Rheingau v. A. 1527. (Fortsetzung des Artikels von den Bewegungen zur Zeit des Bauernkriegs.) Wir Albrecht von Gottes Gnaden der heiligen Römischen Kirche Titulo S. Petri ad Vincula Priester Cardinal, des h. Stuhls zu Mainz thun hiermit kund und allemännlich, und insbesondere unsern Unterthanen unseres Landes des Rheingaus. Nachdem sie sich des vergangenen Sommers ungebührlich gegen uns als ihren recht natürlichen Herrn aufgeworfen und empört, zu Schmählerung und Abbruch unser und unserer Stiffts-Obrigkeit, Herrlichkeit und Berechtigung auch nicht geringer Verachtung unserer Personen selbst, weßhalb so haben wir als ihr rechter Herr die nachfolgende Ordnung Gerigt und Recht mit zeitlicher topi*) am gehaltenen Rath uffgericht und gemacht und thun hiermit und in Kraft dieses Briefs in der besten Form und am beständigsten das von Obrigkeit gesehen soll und mag 27) desgleichen sollen Zwischen des Raths Unterthengerath, wo sie bisher im Gebrauch gewest seyn, als Beker, Metzger, Krämer, Wirth, Maß und Gewicht, und Alles was man von Essenpeise zu seltem Kauf trägt, Fleisch, Brod, Fischwerk, grün und dürr, an unser Statt und in unserm Namen

*) unleserlich.

dieser Basis die Unterhandlungen mit den Droschkencompagnien wieder aufnehmen sollen. Die neuen Forderungen der Rutscher werden von der Presse ohne Ausnahme als maßvoll bezeichnet und es wäre zu wünschen, daß die Compagnien denselben möglichst Rechnung trügen, denn der Strike fängt an, eine öffentliche Calamität zu werden. Die Erjähmänner, denen jetzt die Droschken anvertraut sind, erweisen sich nicht nur als des Fahrens unkundig, sondern auch als moralisch unzuverlässig. Es ist schon vorgekommen, daß dieselben erorbitante Forderungen an die Fahrgäste mit Beitschenhieben zu unterstützen suchten. Andere nahmen, wenn der Fahrgast sich einen Augenblick entfernte, mit dem Gepäc Reißens, was bei dem Aushilfspersonal leichter möglich ist, ab bei den regulären Rutschern, welche Kaution geleistet haben. Auch die Unglücksfälle auf den Straßen mehren sich in erschreckender Weise.“

— Friedenscongrès in Paris. Die verschiedenen Friedens- und Freiheitsvereine in England, Amerika, Italien und Frankreich halten am 19., 20. und 21. September einen großen Friedenscongrès in Paris ab.

— In Algier wollen die Franzosen chinesische Kulis einführen, angeblich weil dort zu wenig Arbeitskräfte vorhanden — in Wirklichkeit wird es sich wohl darum handeln, billigere Arbeitskräfte zu erhalten, denn in Frankreich giebt es arbeitslose Leute genug, die gegen gute Bezahlung auch in Algier arbeiten werden. Das ist aber der Casus — billigere Arbeitskräfte allein ist die Lösung. Nun, wir meinen, auch die Kulis werden einst gesetzt werden.

— Incompetenzklärung. Der frühere verantwortliche Redakteur der „Vorwärts“, Genosse Helzig, der gegenwärtig sich in Juidau in Strafhast befindet, war vor einiger Zeit vom Kreisgericht zu Halle wegen eines Artikels, der im „Vorwärts“ stand, zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden, trotzdem der Angeklagte selbstverständlich, da das angebliche Vergehen in Leipzig begangen war, die Competenz des Hallenser Gerichts bestritten hatte. Helzig appellirte gegen das Urtheil, und das Appellationsgericht zu Raumburg hat nunmehr auch erklärt, daß das Kreisgericht zu Halle incompetent in der beregten Sache und die Kosten der Untersuchung niederzuschlagen seien. Die Gründe dieses Erkenntnisses bilden einen Auszug aus den Beschlüssen des Kammergerichts zu Berlin vom 26. Juni 1877 und des Obertribunals vom 7. September desselben Jahres in Sachen Lessendorff wider Liebknecht, die in Nr. 120 des „Vorwärts“ vom Jahre 1877 abgedruckt sind.

— Die „Schlesw.-Holst. Volks-Zeitung“ schreibt aus Kiel: Die am Mittwoch Mittag in unserer Expedition beschlagnahmten elf Exemplare des „Arbeiterlesebuchs“ von Lassalle wurden am Freitag wieder zurückgebracht, mithin ist die Beschlagnahme wieder aufgehoben worden. Die Beschlagnahme war aber auch zu komisch.

— Das I. I. Oberlandesgericht in Wien hat das Urtheil des Schwurgerichtshofes gegen unsern Parteigenossen und verantwortlichen Redakteur Johann Schwarzinger vollinhaltlich bestätigt. Derselbe wurde gestern früh in Simbach verhaftet. Ebenso kam die Aufforderung an die Redaktion des „Sozialist“, die durch den Kautionverlust von 500 fl. schwebende Summe an der Kaution zu ergänzen, welcher Aufforderung aber auch sofort nachgekommen wurde. — (Die Redaktion des „Sozialist“ befindet sich jetzt Wien, V. Bez., Wiesenstr. 4.)

Correspondenzen.

Bonn, 9. August. Wenn ich die Spalten des „Vorwärts“ in Anspruch nehme, so geschieht es bloß deshalb, weil nachstehendes beinahe ein Non plus ultra ist. Am Wahltage, den 30. Juli, fühlte sich der Unterzeichnete veranlaßt, auch hier den Versuch, sozialdemokratische Stimmen zu sammeln, zu machen, behufs dessen ich Zettel mit dem Namen August Bebel schrieb. Sobald unter den Liberalen ruchbar wurde, daß Bebel zettel ausgegeben wurden, schürzten sie alle, die Gebildetens-wollenden mit Stöcken und Schirmen benaht auf mich und suchten mich einzuschütern. Als diese Sippe jedoch sah, daß ich dem Grundsatze halbtage: „Vange machen gilt nicht“ und ihnen ihre mangelhafte Bildung und Gesehesunkunde nachwies, besichtigten und achten, zu sehen, und zu schämen, wie ein jedes in seinem Werth befunden wird, damit der Arme gleichen Kauf finden mag, und was deshalb strafwürdig befunden, dasselbig zu strafen und Schultheiß und Rätthe wie nächst gemeldet zu verrechnen, alles treulich und ungeschäftlich auf ihr Pflicht und Eid, sie darum thun sollen.

— Zur Veröffentlichung wird uns mitgeteilt: „Die für alle Journalisten und Schriftsteller hochwichtige Frage der „Altersversorgung“, welche auf fast allen Journalistentagen einen stehenden, aber stets unerledigt gebliebenen Theil der Tagesordnung bildete, ist endlich durch die Bemühungen der auf dem Journalistentage zu Baden-Baden ernannten Commission einer vollkommenen Lösung zugeführt worden. Die Angelegenheit ist so weit gediehen, daß auf Grund des nunmehr feststehenden Statuts vom 18. Mai 1877 und des zwischen dem Ausschusse der Pensionskasse für deutsche Schriftsteller und der Direction der Vaterländischen Lebensversicherungs-Aktien-Gesellschaft“ abgeschlossenen Vertrages Beitrittsmeldungen entgegengenommen werden. Die Commission hat sich, verstärkt durch Heranziehung hervorragender Schriftsteller und Verleger aus allen Theilen Deutschlands, auf Grund des § 24 des Statuts als Ausschuss constituir. Der Ausschuss der Pensionskasse für deutsche Schriftsteller besteht nunmehr aus folgenden Personen: Dr. H. Kietze, Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“, Direktor Georg Hillf, Hermann Holdheim („Volkszeitung“), Paul Lindau („Gegenwart“), Dr. R. Kling, Rechtsanwalt Albert Traeger in Nordhausen, Dr. B. Wolff („National-Zeitung“), ferner aus den Herren: Dr. Karl Frenzel („National-Zeitung“), Dr. Julius Rodenberg („Deutsche Rundschau“), Robert Schweichel („Deutsche Romanzeitung“), Julius Stettenheim („Wespen“) in Berlin; Dr. Max Kurnik, Dr. Alexander Meyer („Schlesische Presse“), Dr. J. Stein („Breslauer Zeitung“) in Breslau; Ernst Scherenberg („Eberfelder Zeitung“) in Eberfeld; Dr. Joseph Stern („Frankfurter Zeitung“) Dr. Rätweger, Theodor Winkler in Frankfurt a. M.; Dr. E. Hartmeyer, Friedensburg („Hamburger Nachrichten“) in Hamburg; H. Michels (Königsberger Partung'sche Zeitung“) in Königsberg i. Pr.; Dr. Ernst Kälein, Dr. Albert Fränkel („Gartenlaube“), Dr. Friedrich Friedrich, Dr. Franz Hirsch („Salon“), Dr. Rudolf Gottschall („Neue Zeit“) zc. in Leipzig; Theodor Wehl, Hoftheater-Intendant in Stuttgart; Dr. Wasmer („Posener Zeitung“) in Posen.“

riefen die Herren aus dem Wahllokal heraus: „Gebt ihm doch 5, 4, 3, 2, 1 Mark, dann wird er schon gehen“; sie schimpften und insultierten mich überhaupt noch ärger und forderten mit vielem Geschrei und Gebrüll den im Lokal sich aufhaltenden Polizeibeamten auf, den Sozialdemokraten zu verhaften, was auch geschah. Der Polizist kam auf mich zu wie ein Wilder, griff mir in die Ueberziehtasche, und steckte was er vorfand, zu sich. Bei dieser Gelegenheit, überhaupt bis zur Wache, wurde mir von ihm transportierenden 2 resp. 3 Polizeibeamten, Liebenswürdigkeiten und Beglückwünschungen (unter Mitwirkung der Noblesse) der gemeinsten Art an den Kopf geworfen. So u. a. Lump, Bummler, Bagabund, Tagelieb, Schuft, Schwindler, Attentäter, Kaiserermörder, „Frecher Hund“, „Schlagt ihn todt, den Hund“, „Bindet den Kaiserermörder“, „Gout ihn“ u. s. w. Die Beamten mochten sich übrigens noch ernste Bormwürfe, weshalb sie mir nicht gleich die Hände auf den Rücken gebunden hätten. Faustschläge sollte ich haben, verspürte solche jedoch nur in Gestalt von — Rippenstößen. Auf der Wache angelangt, wurde ich einer gründlichen Visitation unterworfen. Dasselbst wurde mir: Uhr, Kamm, Portemonnaie mit 43 Pf., Zettel, Hauschlüssel, Notizbuch, 1 Exemplar der „Kölnen Freien Presse“, des „Vorwärts“, der „Deutschen Reichszeitung“ und sogar Kreuzbänder confiscirt; erstere drei Sachen erhielt ich jedoch bald wieder zurück. Im Notizbuch hatten die Herren Beamten alsbald einen — Nobilingsbrief entdeckt, wobei sie förmlich pathetisch „Kaiserermörder“ ausriefen, die ganze Räubergeschichte lief jedoch auf Lebensunkunde hinaus. Kreuzbänder, worauf ich einige liberale Wahl-Versammlungsnotizen gemacht hatte, wurden eifrig studirt, eine dieser will ich deswegen hier wiedergeben: „Bonn ist nicht die Nacht am Rhein, sondern die Wacht am Rhein, das ist bewiesen und — das ist der deutsche Verein. Bravo!“ Ich verlangte Wasser, erhielt aber keins mit dem Bemerkeln: „Kreier Schuft, damit einer weniger wird!“ Sodann wurde ich in ein finstres Loch — ohne Fenster — mit der Bemerkung geschoben: „Hänge dich auf, Schuft!“ ohne viele andere gar nicht wiederzugebende Worte. Dort steckte ich von halb 2 bis nach 5 Uhr, ohne Mittag gegessen zu haben, dann wurde ich dem Polizei-Inspektor zum Besör vorgeführt. Derselbe frag mich, aus welchem Grunde ich Stimmgelb vertheilt hätte, ferner identifizierte er mich mit der „Gewerkschaft der Schuhmacher“, worüber ich ihm zu seiner Zufriedenheit Aufklärung gab, er bemerkte aber dabei, daß er nicht geglaubt hätte, daß ich Sozialdemokrat sei, er würde mir auch fernerhin niemals mehr eine Versammlung abzuhalten gestatten. Ich brachte sodann die Wahlergebnisse vor und sprach meine Entrüstung über die Bonner Gebildeten und über die mich transportierenden Beamten wegen ihrer brutalen Behandlungsweise und Gefegensunkunde aus. Der Herr Inspektor gab mir in jeder Hinsicht recht und meinte, es wäre mir von den Beamten Unrecht geschehen — durch Amtsübereifer. Der Beamte äußerte sich, er hätte es nicht aus eigenem Antrieb gethan, sondern, wie er wörtlich sagte: „Ich sollte ja, die Herren (im Wahllokal?) forderten mich auf, ich mußte ja.“ Hierauf erhielt ich meine Sachen und trat sofort meinen Weg wieder zum genannten Wahllokal an, um für Bebel weiter zu agitieren. Zettel wurden auch ferner noch vom liberalen Dienstmann den Arbeitern mit dem Bedeuten aus den Händen gerissen, daß Bebel nicht gewählt werden dürfe und denselben dafür Weibtreu'ische in die Hände gesteckt, trotz meiner energischen Protestation. Und trotz aller Machinationen habe ich noch 7 Stimmen zusammengebracht, welche von der „Morgen-Zeitung“ als Scherz betrachtet werden. Dieses Alles haben sämtliche Zeitungen außer der „Reichs-Zeitung“ (siehe vorige Nr.) todtschweigend.

H. Kühnel.

Warmen-Elbersfeld. Der Sieg Hasselmann's, der Sieg der verlästerten sozialistischen Partei mit einer geradezu niederschmetternden Wucht — das ist das Resultat eines Wahlfeldzuges, der kaum seines Gleichen hat in den Annalen des deutschen Parlamentarismus. Man hat das Gewissen des Volkes angerufen — wohlan, das Volk des Wuppertales hat sein Urtheil gesprochen über unsere Gegner, und dieses Urtheil lautet: Schuldig der Verleumdung, schuldig des Verrathes an den unveräußerlichen Menschenrechten, schuldig der Preisgebung der materiellen Interessen des Volkes.

Denn so haben die Gegner selbst in ihrer Verblendung, in ihrem unbegreiflichen Uebermuthe die Frage an die Gewissensrichter gestellt und die Antwort muß um so vernichtender in die Ohren der Beurtheiler donnern, weil unsere Feinde alles Mögliche gethan haben, um einen günstigen Wahrpruch zu erschleichen, wo nicht gar zu erzwingen.

Das Schuldig ist ausgesprochen über jene Parteien, welche sich vermaßen, einen großen Theil des deutschen Volkes als eine Kotte von Banditen und Mördern hinzustellen; welche in slavischer Hingebung sich bereit erklärten, auch die spärlichen Reste unserer Freiheit dem Stirnrunzeln eines Gewaltigen zum Opfer darzubieten; welche einer Prüfung der furchtbar ernstesten sozialen Frage aus dem Wege zu gehen vermeinten, indem sie alle alten Annenmärchen mit neuem Aufpuß gegen uns ins Feld führten; welche gewillt waren, angeichts der drückenden Nothlage des Volkes leichten Herzens neue Lasten, neue Steuern auf die wunden Schultern des Volkes zu wälzen.

Wögen sie jetzt in ihrer grenzenlosen Verlegenheit mit bebenden Lippen von der „Schmach“ stammeln, die unserem Thale durch die Wahl widerfahren sein soll — nur ein Hohelachen der Wähler antwortete jenen Leuten, die durch ihr ganzes Gebahren während des Wahlkampfes das Recht verloren haben, das Wort „Schmach“ mit Bezug auf Andere in den Mund zu nehmen.

Was hatten wir in den letzten Wochen nicht Alles zu verzeichnen! Unser Candidat verhaftet, freigesprochen und wieder ins Gefängniß gebracht, wo außer ihm noch so Manche unserer eifrigsten Kämpfer sich befinden, unsere Presse mit immer neueren Verfolgungen heimgesucht; die großen öffentlichen Säle, in welchen andere Parteien ungehindert sich versammeln durften, für uns verschlossen; unsere Genossen von Tausend argwöhnischen Augen auf Schritt und Tritt beobachtet — und doch dieser ungeheuren Sieg, der reichlich ein Duzend Niederlagen aufwägt, weil er unter so erschwerenden Umständen so glorreich erkämpft worden ist!

Sie schlugen sich und sie vertrugen sich, unsere Gegner, sie vertrugen sich wieder, die feindlichen Brüder, als es galt, gegen uns Front zu machen. Mit vereinten Kräften stürmten sie gegen uns an, vom rechten Flügel der frommen Männer der „abgesonderten Ausnahmestellung“ bis links hinüber zur fortschrittlichen „Warmer Zeitung“, welche noch in den letzten Tagen ihre Spalten für die Ablagerung der wider uns gerichteten Abgeschmacktheit geöffnet hatte. Sie bliesen Alle vereint ins Horn der „frühlichen Sozialistenhag“.

Zahlen beweisen!

Im ersten Wahlgange stimmten für Prell 7244, für Regibi 6961, zusammen 14,205 Wähler. Herr Prell, den wir als Privatmann achten und während des ganzen Wahlkampfes nie-

mals persönlich angegriffen hatten, wurde von den Conservativen in Zeitungsartikeln, in anonymen Annoncen in der verlegendsten Weise gekränkt. Und dieselben Männer, die ihn in unwürdiger Weise als eine „willenslose Puppe“, als einen „geistig Armen“ behandeln zu dürfen glaubten, liefen mit fliegenden Fahnen, mit klingendem Spiel in sein Lager über, als es galt, die verhafteten Sozialdemokraten zu bekämpfen. Denn nicht weniger als über 14,000 Stimmen wurden in der Stichwahl für Prell abgegeben. Das Größ der Regibianer hatte dem Gebote der Führer willige Folge geleistet, mit Ausnahme vielleicht von einigen wenigen gefinnungs- und charakterfesten Männern.

Die Liberalen hatten durch ihr Wahlcomité Neutralität proklamirt. Wir rechnen es den katholischen Wählern zudem hoch an, daß sie sich theilweise von der Parole der Führer emanzipirten; es lag in ihrem eignen Interesse, mit uns zu stimmen.

Durften sie etwa erwarten, daß die Freiheit des Gewissens, daß das gemeinsame bürgerliche Recht, daß die wirtschaftlichen Interessen Schutz fänden bei den Nationalliberalen, bei jener Partei, die in den Jahren ihrer übermächtigen Herrschaft aller Gerechtigkeit, allem selbstständigen Sinn entsetzt hatte? Ruhten die Katholiken sich nicht daran erinnern, daß unsere Partei gegen die Katholiken - Ausnahmegesetze gekämpft hatte, daß in unserer Presse ihre gerechten Klagen Widerhall fanden, als die feigen liberalen Blätter mit unsäglichem Cynismus der „Schwarzweißbege“ zuzuschützen, oder in unverantwortlicher Weise systematisch Alles todtschwiegen, was während des Kulturkampfes selbst dem anständigen Gegner die Schamröthe auf die Stirn treiben mußte?

Die Katholiken wissen, und wir verhehlen es nicht, daß schwerwiegende und tief einschneidende Fragen uns von ihnen trennen; sie wissen aber auch, daß die Sache der Gerechtigkeit und Gewissensfreiheit bei den Sozialisten besser geborgen ist, als bei den gleichnerischen, grundsatzlosen Liberalen der heutigen Sorte, und darum hat ein guter Theil für uns gestimmt.

Schätzen wir den Zuwachs durch die katholischen Stimmen hoch, sagen wir auf 1500 Stimmen, so ergibt sich immer noch ein Mehr von etwa 2200 Stimmen gegen den ersten Wahlgang. Das ist ein Beweis, daß die Arbeiter mit ganzer Kraft eingetreten sind für ihre Partei, für ihre Interessen, für ihren eingetreteten Candidaten. Dieser Zuwachs ist für uns reiner Gewinn, die Frucht des von unseren Gegnern geführten Feldzuges.

Sollen wir noch einen Blick werfen auf das Verhalten der feindlichen Presse in den letzten Wochen? Wir verschmähen es; unsere Leser werden es uns Dank wissen, wenn wir sie vor dem Anfassern dieses Peches bewahren.

Wenn aber unsere Gegner noch der Belehrung fähig sind, so wird das Resultat der Wahl ihnen Eines klar machen: daß man eine existenzberechtigte Partei nicht todtlügen und nicht zu Tode maßregeln kann. Sie werden sich der Einsicht nicht verschließen können, daß man auch dem politischen Gegner Anstand schuldig ist und soweit sie noch nicht völlig corrupt sind, so weit sie sich noch Empfänglichkeit für Anstandsgefühl bewahrt haben, werden sie lernen müssen, uns in Zukunft nur mit ehrlichen Waffen zu bekämpfen. Wenn nicht, dann werden sie finden, daß der immer noch nicht ganz ausgestorbene Sinn für Gerechtigkeit alle anständigen Leute mit Naturnothwendigkeit in unser Lager drängt. B. B.

Elbersfeld, 11. August. Auch von hier kann so Manches berichtet werden. Einzig dürfte aber der Fall dastehen, daß man einem Wähler, welcher am 2. Juli die Liste durchsah und dort fand, daß sein Name gestrichen sei, sagte, dies wäre ein Irrthum, und den Namen wiederherstellte. Am Schluß des Namens stand die Bemerkung, daß derselbe mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft sei. Nun ist derselbe noch nie vor Gericht gewesen, geschweige bestraft worden. Trotzdem sich dies herausstellte und auch zugestanden wurde, es sei früher noch ein Mann mit gleichen Namen hier gewesen, welcher aber 20 Jahre älter war, als der Wähler, konnte der Mann am Wahltag doch nicht wählen, weil er ausgestrichen war. Ist das nicht eine schöne Einrichtung, eine Illustration zum freien Wahlrecht?

Offenbach, 15. August. Da eine ganze Reihe grober Gesetzesverletzungen zu Gunsten des „nationalliberalen“ Herrn Dernburg vorgekommen sein sollen, so beabsichtigt man, die Wahl desselben anzufechten, und dürfte demnach eventuell der Wahlkampf — im Dieburg-Offenbacher Kreise wenigstens — noch nicht definitiv beendet sein.

Herr Dernburg und seine Freunde haben übrigens keine Ursache, sich ihres „Siegese“ sonderlich zu freuen. Es ist das ein Pyrrhusieg in des Wortes wahrster Bedeutung. Wir glauben nicht, daß es Jedermanns Geschmack wäre, mit den gleichen Mitteln, mit welchen man Herrn Dernburg ein Mandat verschafft, ein solches erlangen zu wollen.

Das Schmachlichste aber, was man von „liberaler“ Seite thun konnte und womit man gewissermaßen der schmutzigen Agitation die Krone aufsetzt, geschieht jetzt, indem man den Katholiken die schmachvollsten Beschimpfungen anthat, weil dieselben von dem gesetzlichen Rechte der freien Wahl Gebrauch gemacht und nicht den ihnen höherseits empfohlenen „Kulturkämpfer“ Dernburg, sondern den Feind der Ausnahmegesetze Liebsnecht gewählt haben.

Schmachlich ist es auch ferner um deswillen, weil man am Vorabend der Wahl noch mit Sirenengefang um die Gunst der Katholiken buhlte, sie um ihre Stimmen bettelte, am Wahltag aber bereit sie auf das Schmachlichste beschimpfte, ihnen Vaterlandslosigkeit, Vaterlandsverrath, Umsturz Tendenzen u. vorwarf.

Und Leute, die so mit ihren Gegnern — deren Geld in der Steuerklasse, deren Kinder in der Armee gerade so gern wie andere gesehen werden — verfahren, nennen sich liberal! Einer solchen arroganten Anmohnung gegenüber dürfte das von einem hier periodisch stationirten Herrn gegen die Stadt Dieburg gebrauchte „Pfui!“ eher am Plage sein. (St. P.-Z.)

Breslau, 16. August. Die Wahltschlacht ist vorüber; es war ein herrlicher Tag! Die ganze Sozialdemokratie kann den 12. August roth anstreichen, und speziell wir Breslauer Parteigenossen. Am Tage nach der ersten Wahl waren alle Parteien, und ich muß auch sagen die Sozialisten, mit dem Ausgange unzufrieden; wir hatten gehofft, mit den Conservativen in die Stichwahl zu gelangen, und dieser Fall trat leider nicht ein; wir hätten es mit dem Siege in beiden Bezirken sehr leicht gehabt. Doch schnell rafften wir uns auf; „frisch zur Agitation!“ lautete die Parole, und mit ihr kann sagen von den meisten Genossen) Todesmuth, denn die Hungerpeitsche wird hier mit einer Behemung geschwungen, wovon die auswärtigen Genossen keine Idee haben — ging es in den Kampf. Versammlungen abzuhalten war unmöglich, denn kein großes Lokal war zu bekommen, und die paar kleinen, welche kaum 50 — 100 — 200 Personen fassen, können nicht in Betracht kommen; es blieb nur die Privatagitation, welche, wie der Erfolg lehrt, trotz der denkbarsten Schwierigkeiten kräftig in die Hand genommen wurde.

Darum ein Bravo den wackeren Genossen, welche sich dieser Mühe unterzogen.

Als am Abend das Resultat bekannt wurde, standen Tausende vor der Expedition der „Wahrheit“, donnernde Hochs erschallten auf den gewählten Genossen Reinders, den unterlegenen Genossen Kräder und auf die Sozialdemokratie. Erst nach Stunden verließ sich die Masse auf Jurensen Kräder's. — Hier muß ich das taktvolle Verhalten der hiesigen Polizei hervorheben; trotzdem unter Expeditionskolal und Druckerei vis à vis dem Polizeigefängniß und in nächster Nähe des Polizei-Präsidentiums und anderer öffentlicher Gebäude sich befindet, fand ein Einschreiten der Behörde nicht statt. Es kamen in Folge dessen, zum Verger der Reichsmacht-Partei, keine sogenannten Ruhestörungen und Verhaftungen vor. — Unsere hiesige Judenpresse giebt einseitig ihren Kerger darüber Ausdruck, daß sie die jubelnden Ausbrüche des Freudengetröble eines Janhagels nennt und einige Duzend Verhaftungen dazulügt.

Engere Wahlen.

Bischopau (20. sächs. Wahlkreis): Wiemer 6372, Rangold (conf.) 5310 Stimmen. Wiemer's Wahl demnach gesichert.
Berlin IV: Frißsche 22,027, Belle (fortschr.) 20,167 St.
Borna-Pegau (14. sächs. Wahlkreis): Geiser 4382, Dr. Frege (conf.) 4874 Stimmen.
Hannau: Frohme 7682, Dr. Weigel (nat.-lib.) 10,312 St.
Mannheim: Kopfer (Demokr.) 8187, Scipio (nat.-lib.) 6638 Stimmen.
Erlangen-Fürth: Sonnemann 5200, Marquardsen (nat.-lib.) 6300 Stimmen.
Hannover: Frißsche 5882, Dr. Brühl (Part.) 9910 St.
Altona: Karsten 13312, Praast 13221 St.
Ottensen: Stöhr unterlegen.
Freiberg-Deberan (9. sächs. Wahlkreis): Max Kayser (Soz.) gegen Benzig (nat.-lib.) gewählt.

Briefkasten

der Expedition. Jovianus: Brief erhalten und nach Dr. geschickt. Nicht abel. Ob dort verwendbar im Vermischten wird SchL. entscheiden. Gruß W.

Wahlfonds.

Von einem Milchhändler d. Laurischkat 1,00; d. Amöba hier 10,00; Verein Vorwärts Kleinschöcher 2,69; Elm Seithain 0,90; d. R. Gehls 0,80.

Anzeigen zc.

Annoncen für die Mittwoch's-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitag's-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntag's-Nummer bis Freitag-Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht zusteht, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Osnaabrück. Mittwoch, den 21. August, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Hrn Winkelmann, Johannesstraße 45: (S. 243) [0,90]

Versammlung des Arbeiterwahlvereins.

Von dann ab findet alle 14 Tage eine Mitglieder-Versammlung des Arbeiterwahlvereins dort statt. H. Flottmann.

Zur Beachtung!

Vorzellankaufleute und Händler in und außerhalb Deutschlands, welche sich zur Sozialdemokratie bekennen oder ihr nicht feindlich gegenüberstehen, werden ersucht, ihre Adressen an die Expedition des „Vorwärts“ gelangen zu lassen, um mit einem Parteigenossen in Geschäftsverbindung zu treten. Näheres brieflich. S. 1,80

Neu erschienen und durch uns zu beziehen ist:

Die Frauen- und Kinderarbeit vor dem Deutschen Reichstage.

Reichstagsreden von J. Motteler.

Preis pr. Exempl. 15 Pf.

Kladderadassch.

Eine kritische Glosse von Frd. Werner.

Preis pr. Exempl. 15 Pf.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Lithographische Wahlkarten,

Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 30. Juli 1878, sind gegen Einsendung von M. 1,10 incl. Porto durch uns zu beziehen.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Durch die Expedition des „Vorwärts“ ist zu beziehen:	[2,10]
Borntian, Religion und Sozialismus	M. —,40
— — Die religiöse Frage und das arbeitende Volk	„ —,25
Geiser, Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung	„ —,60
Liebsteck, Zur orientalischen Frage oder soll Europa kolonialisch werden	„ —,30
— — Die Orientdebatte im deutschen Reichstage	„ —,30

Wir empfehlen:

Donni: Antwort an die Bekenner des Theismus	M. —,10
Hillmann: Organisation der Massen	„ —,20
Erinnerung an Perwegh	„ —,10
Anknüpfungsklassenwesen vor dem deutschen Reichstage	„ —,12
Brenniger Schnaps im deutschen Reichstage	„ —,05
Schramm: Grundzüge der Nationalökonomie	„ —,25
Jord. Die industrielle Arbeiterfrage	„ —,10
Bergmanns Fluch	„ 0,10
Bled: Unsere Preckzstände	„ 0,10
Bürgerkrieg in Frankreich	„ 0,15
Kulturkampf und Volksschule in Preußen	„ 0,10
Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags 1871—1874	„ 0,10
Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in Preußen	„ 0,10
Diegen: National-Ökonomisches	„ 0,15
— — Bürgerliche Gesellschaft	„ 0,10
Donni: Kindergarten und Volksschule	„ 0,25
Cecarino: Kampf des großen und kleinen Kapitals	„ 0,15
Für die französischen Brüder	„ 0,15
Herr v. Treitschke, der Sozialistenführer und die Endziele des Liberalismus	„ 0,20

Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gähloff in Leipzig. Redaktion und Expedition Förberstr. 12. II. in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.